

SPD-Fraktion im Gemeinderat der **Stadt Vaihingen/Enz**

29.03.2023

Stellungnahme zum TOP 6 der Gemeinderatssitzung am 29.03.2023 Antrag auf Einführung einer einkommensabhängigen Gebührenstaffelung für den Besuch der städtischen Kindertageseinrichtungen.

Die SPD in der Stadt Vaihingen waren schon vor Jahrzehnten der Überzeugung die Betreuung unserer kleinsten Mitbürger und Mitbürgerinnen, der Kinder in unserer Stadt, dürfte die Eltern nichts kosten. Auch die Kindergärten, oder wie man heute sagt die Kindertagesstätten, sind Bildungseinrichtungen. Und der Zugang zur Bildung muss in unserem Land kostenfrei möglich sein um eine Chancengleichheit für alle Kinder zu erreichen.

Da die Landesregierung und eine Landtagsmehrheit bisher nicht bereit ist eine kostenfreie Kinderbetreuung zu ermöglichen, haben wir uns entschieden einen Antrag auf „einkommensabhängige“ Kita-Gebühren zu stellen. Die Einführung würde die Stadt nicht weiter belasten, da es möglich ist die Gebührenstaffelung so zu gestalten, dass die einkommensschwächeren Familien deutlich entlastet und auch eventuell höhere Personalkosten aufgefangen werden.

Wenn im Sachvortrag der Verwaltung, in dem unser Antrag abgelehnt wird, auf die Situation der Sozialhilfeempfänger hingewiesen wird, und die bereits jetzt schon vorhandenen Gebührenentlastungen für diese MitbürgerInnen hervorgehoben werden, dann sollte man bedenken, es gibt auch Familien, die keine Sozialhilfeempfänger sind, einen ordentlichen Beruf ausüben, sogenannte „Doppelverdiener“ sind, und dennoch als einkommensschwach verstanden werden können.

Nehmen wir einen gelernten Schreiner mit einem Tariflohn von 2.700,-- € brutto, verheiratet mit einer Frau, die, auch begründet durch Kinderbetreuung als Teilzeitkraft oder Aushilfe in einem Verbrauchermarkt arbeitet, noch 520,-- € dazu verdient. Wie soll diese Familie nach Abzug aller Steuern und Abgaben, dazu noch bei einer durchschnittlicher Miete von ca. 1.000,-- € kalt pro Monat, noch ein angemessenes Leben finanzieren können?

Und da gibt es Familien, die noch weniger verdienen und dennoch keine Sozialhilfeempfänger sind. Die mit ordentlichen Berufen regelmäßig ihrer Arbeit nachgehen und jetzt an ihre Grenzen kommen. Hier haben wir die Verantwortung für diese Familien finanzielle Entlastung zu schaffen.

Bisher haben wir nicht den Eindruck dass in der Verwaltung und im Gemeinderat sich groß Gedanken gemacht werden, wie wir mit der Situation nach Corona, und den unmittelbaren Folgen des Ukraine-Krieges: Höhere Energiekosten, höhere Lebensmittelpreise, ja Inflation allgemein, verbunden mit steigenden Zinsen umgehen sollen.

Weder bei dem dringend notwendigen Umdenken in Richtung des bezahlbaren Wohnungsbaus kann uns die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister bisher einen Vorschlag machen, wie wir das angestrebte Ziel wenigstens im Bereich „Leimengrube“ günstigen Wohnungsbau zu realisieren, erreichen können, geschweige denn bei den anderen aktuell sich entwickelnden Baugebieten bzw. Bauprojekten.

Und genauso geht es jetzt bei der Kinderbetreuung. Einerseits investieren wir Millionen beim Bau von überpreuerten Kindertagesstätten. Andererseits lassen wir die Eltern im Stich, die aufgrund von geringeren Einkommen darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile arbeiten.

Man muss sich schon fragen warum geht das bei anderen Gemeinden und Städten. Bei durchaus vergleichbaren Städten. Warum können diese Verwaltungen das leisten, was bei der Verwaltung in Vaihingen, wie es scheint, nicht machbar ist? Ganz einfach, weil Die es wollen. Weil in diesen Städten, angefangen bei den Bürgermeistern, den Verwaltungen bis hin zu den Gemeinderäten, ein anderes Denken herrscht. Ein Denken, das die Interessen, die Nöte und Ängste der Familien mit Kindern ernst nimmt. Und sich nicht mit dem Argument zurücklehnt, wir bauen doch neue Kita-Plätze.

Wenn sich die Verwaltung auf die Streichung eines Abschnitts im Regierungsentwurf zum Kita-Qualitätsgesetz beruft ist das mehr als armselig. Hier hat eben nicht der Menschenverstand obsiegt, sondern die Lobbyarbeit der konservativ eingestellten kommunalen Verbände.

Bei allem Verständnis für die finanzielle Situation der Stadt und dem Bestreben des Oberbürgermeisters den Haushalt zu sanieren und Einsparungen vorzunehmen. Bei den Kleinsten zu sparen ist nicht die Lösung. Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Hier liegt die Zukunft unserer Stadt, unseres Landes.

Den Kindern ist es egal ob die Böden mit Linoleum oder Parkett belegt sind. Ob es raumhohe Fenster oder Standardfenster aus dem Baumarkt sind. Die Kinder wollen einen Kita-Platz an dem sie gut betreut sind und optimal gefördert werden.

Und jedes Kind, egal woher es kommt, sollte frühkindlich betreut und gefördert werden. Und dazu gehört, dass sich die Familien diese Betreuung auch leisten können. Die beste Lösung, die Bildungseinrichtung Kita kostenfrei zur Verfügung zu stellen geht derzeit nicht. Also ist die zweitbeste Lösung eine einkommensabhängige Gebührenstaffelung.

Stellungnahme zum TOP 6 der Gemeinderatssitzung am 29.03.2023
Antrag auf Einführung einer einkommensabhängigen Gebührenstaffelung für den Besuch der städtischen Kindertageseinrichtungen.

Die SPD in der Stadt Vaihingen waren schon vor Jahrzehnten der Überzeugung die Betreuung unserer kleinsten Mitbürger und Mitbürgerinnen, der Kinder in unserer Stadt, dürfte die Eltern nichts kosten. Auch die Kindergärten, oder wie man heute sagt die Kindertagesstätten, sind Bildungseinrichtungen. Und der Zugang zur Bildung muss in unserem Land kostenfrei möglich sein um eine Chancengleichheit für alle Kinder zu erreichen.

Da die Landesregierung und eine Landtagsmehrheit bisher nicht bereit ist eine kostenfreie Kinderbetreuung zu ermöglichen, haben wir uns entschieden einen Antrag auf „einkommensabhängige“ Kita-Gebühren zu stellen. Die Einführung würde die Stadt nicht weiter belasten, da es möglich ist die Gebührenstaffelung so zu gestalten, dass die einkommensschwächeren Familien deutlich entlastet und auch eventuell höhere Personalkosten aufgefangen werden.

Wenn im Sachvortrag der Verwaltung, in dem unser Antrag abgelehnt wird, auf die Situation der Sozialhilfeempfänger hingewiesen wird, und die bereits jetzt schon vorhandenen Gebührentlastungen für diese MitbürgerInnen hervorgehoben werden, dann sollte man bedenken, es gibt auch Familien, die keine Sozialhilfeempfänger sind, einen ordentlichen Beruf ausüben, sogenannte „Doppelverdiener“ sind, und dennoch als einkommensschwach verstanden werden können.

Nehmen wir einen gelernten Schreiner mit einem Tariflohn von 2.700,-- € brutto, verheiratet mit einer Frau, die, auch begründet durch Kinderbetreuung als Teilzeitkraft oder Aushilfe in einem

Verbrauchermarkt arbeitet, noch 520,-- € dazu verdient. Wie soll diese Familie nach Abzug aller Steuern und Abgaben, dazu noch bei einer durchschnittlicher Miete von ca. 1.000,-- € kalt pro Monat, noch ein angemessenes Leben finanzieren können?

Und da gibt es Familien, die noch weniger verdienen und dennoch keine Sozialhilfeempfänger sind. Die mit ordentlichen Berufen regelmäßig ihrer Arbeit nachgehen und jetzt an ihre Grenzen kommen. Hier haben wir die Verantwortung für diese Familien finanzielle Entlastung zu schaffen.

Bisher haben wir nicht den Eindruck dass in der Verwaltung und im Gemeinderat sich groß Gedanken gemacht werden, wie wir mit der Situation nach Corona, und den unmittelbaren Folgen des Ukraine-Krieges: Höhere Energiekosten, höhere Lebensmittelpreise, ja Inflation allgemein, verbunden mit steigenden Zinsen umgehen sollen.

Weder bei dem dringend notwendigen Umdenken in Richtung des bezahlbaren Wohnungsbaus kann uns die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister bisher einen Vorschlag machen, wie wir das angestrebte Ziel wenigstens im Bereich „Leimengrube“ günstigen Wohnungsbau zu realisieren, erreichen können, geschweige denn bei den anderen aktuell sich entwickelnden Baugebieten bzw. Bauprojekten.

Und genauso geht es jetzt bei der Kinderbetreuung. Einerseits investieren wir Millionen beim Bau von überteuerten Kindertagesstätten. Andererseits lassen wir die Eltern im Stich, die aufgrund von geringeren Einkommen darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile arbeiten.

Man muss sich schon fragen warum geht das bei anderen Gemeinden und Städten. Bei durchaus vergleichbaren Städten. Warum können diese Verwaltungen das leisten, was bei der Verwaltung in Vaihingen, wie es scheint, nicht machbar ist? Ganz einfach, weil Die es wollen. Weil in diesen Städten, angefangen bei den Bürgermeistern, den Verwaltungen bis hin

zu den Gemeinderäten, ein anderes Denken herrscht. Ein Denken, das die Interessen, die Nöte und Ängste der Familien mit Kindern ernst nimmt. Und sich nicht mit dem Argument zurücklehnt, wir bauen doch neue Kita-Plätze.

Wenn sich die Verwaltung auf die Streichung eines Abschnitts im Regierungsentwurf zum Kita-Qualitätsgesetz beruft ist das mehr als armselig. Hier hat eben nicht der Menschenverstand obsiegt, sondern die Lobbyarbeit der konservativ eingestellten kommunalen Verbände.

Bei allem Verständnis für die finanzielle Situation der Stadt und dem Bestreben des Oberbürgermeisters den Haushalt zu sanieren und Einsparungen vorzunehmen. Bei den Kleinsten zu sparen ist nicht die Lösung. Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Hier liegt die Zukunft unserer Stadt, unseres Landes.

Den Kindern ist es egal ob die Böden mit Linoleum oder Parkett belegt sind. Ob es raumhohe Fenster oder Standardfenster aus dem Baumarkt sind. Die Kinder wollen einen Kita-Platz an dem sie gut betreut sind und optimal gefördert werden.

Und jedes Kind, egal woher es kommt, sollte frühkindlich betreut und gefördert werden. Und dazu gehört, dass sich die Familien diese Betreuung auch leisten können. Die beste Lösung, die Bildungseinrichtung Kita kostenfrei zur Verfügung zu stellen geht derzeit nicht. Also ist die zweitbeste Lösung eine einkommensabhängige Gebührenstaffelung.